

TERMINES

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetze / Verordnungen – Corona-Pandemie

Gesetz zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen - zustimmungspflichtig -	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Epidemische Notlage weiterhin in Kraft. Notwendige Überprüfung durch den Deutschen Bundestag mindestens alle drei Monate ▪ Gesetzentwurf verlängert die Geltungsdauer der Ermächtigungsgrundlage hinsichtlich des Anspruchs auf Testungen und Impfungen. ▪ Wiederaufnahme einer Regelung zur Anpassung der Honorarverteilung ▪ Erstattung pandemiebedingter Kosten in der Pflege durch den Bund i.H.v. 3 Mrd. Euro (Erstattung von Corona-Schnelltests für zugelassene Pflegeeinrichtungen und nach Landesrecht anerkannten Angeboten) 	
02.02.2021	Formulierungshilfen

Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaImpfV)	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung nach der Zulassung des AstraZeneca-Impfstoffs aufgrund der neuen STIKO-Empfehlung – impfstoffspezifische Priorisierungen, da für bestimmte Impfstoffe aktuell Schutzimpfung bei Personen bestimmten Alters empfohlen wird. ▪ Relevante Vorerkrankungen führen vermehrt zu Eingruppierung in höchste oder hohe Prioritätengruppen ▪ Erweiterung um Öffnungsklausel für Einzelfallentscheidung 	
31.01.2021	Referentenentwurf

Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Schutzmasken-Verordnung	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung der Anspruchsberechtigten auf FFP2-Masken auf Leistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG-II) oder mit einer solchen Person in einer Bedarfsgemeinschaft Lebende ▪ Krankenkassen versenden Schreiben (befristet einlösbar) an Berechtigte 	
29.01.2021	Referentenentwurf

Weitere Gesetze und Verordnungen

Gesetz zur Zusammenführung von Krebsregisterdaten - zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusammenführung der klinischen und epidemiologischen Krebsregisterdaten beim Zentrum für Krebsregisterdaten (ZfKD) am RKI ▪ Veränderte Finanzierungsregelungen für Krankenkassen ▪ Kopplung der Höhe der Krebsregisterfallpauschale an tatsächliche Erfüllung von Förderkriterien 	
25.06.2021	2. Durchgang Bundesrat
20.05.2021	2./3. Lesung Bundestag
15.04.2021	1. Lesung Bundestag
26.03.2021	1. Durchgang Bundesrat

10.02.2021	Kabinettsbeschluss
10.12.2020	Referentenentwurf

**Verordnung zur Zulässigkeit von Werbemaßnahmen der Krankenkassen
(Krankenkassen-Werbemaßnahmen-Verordnung – KKWerbeV)**

- Verbindliche Vorgaben für Werbemaßnahmen der Krankenkassen – Gemeinsame Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden zu großen Teilen in die Verordnung übernommen
- Ausgaben der Krankenkasse für Werbemaßnahmen dürfen im Haushaltsjahr 0,15 Prozent der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 Absatz 1 des SGB IV) je Mitglied nicht überschreiten.

Nach Verkündung	Inkrafttreten
02.12.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege
(Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz – DVPMG)**

- zustimmungsfrei -

- Elektronische Gesundheitskarte (eGK) ab 2023 kein Speichermedium mehr, nur Identifikationsnachweis; Ablösung aller kartenbasierten Anwendungen auf der eGK
- Integration weiterer Anwendungen in die elektronische Patientenakte (DiGA-Daten werden in ePA integriert) sowie Weiterentwicklung e-Rezept (Aufnahme der Rezeptdaten in die ePA, Grenzüberschreitende Nutzung des e-Rezepts)
- Ausbau Versorgung mit DiGA, Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen
- Ausbau der Rolle der gematik: Herstellerzulassung (statt Produktzulassung) für TI-Komponenten, Finanzierung durch die Kassen in Höhe von 1,50 statt 1 Euro pro GKV-Mitglied

28.05.2021	2. Durchgang Bundesrat
06.05.2021	2./3. Lesung Bundestag
19.04.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
25.03.2021	1. Lesung Bundestag
05.03.2021	1. Durchgang Bundesrat
20.01.2021	Kabinettsbeschluss
16.11.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung
(Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG)**

- zustimmungsfrei -

- Verschärfung von Mindestmengenregelungen im Krankenhaus
- Stärkung von Qualitätsverträgen zwischen Kassen und Krankenhäusern, Verpflichtung für Krankenkassen ab 2022 Qualitätsverträge abzuschließen – 0,30 Euro pro Versicherten
- Bereinigung der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung aus dem TSVG
- Folgegutachten Morbi-RSA zu Auslandsversicherten und Krankengeld
- Ersteinschätzungsverfahren für die ambulante Notfallversorgung im Krankenhaus
- Disease-Management-Programm Adipositas
- Ausweitung des Direktanspruchs der Leistungserbringer auf PKV-Notlagentarif

12.02.2021	1. Durchgang Bundesrat
16.12.2020	Kabinettsbeschluss
23.10.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze
(MTA-Reform-Gesetz)**

- zustimmungspflichtig -

- Modernisierung der Ausbildungen zum Medizinisch-Technischen-Assistenten und Anpassung an EU-Recht, Abschaffung des Schulgelds für MTA
- Rechtssicherheit für Notfallsanitäter in der Berufsausübung

01.01.2023	Inkrafttreten
12.02.2021	2. Durchgang Bundesrat
28.01.2021	2./3. Lesung Bundestag
16.12.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
25.11.2020	1. Lesung Bundestag
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
25.08.2020	Verbändeanhörung BMG
31.07.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Einführung einer Identifikationsnummer in die öffentliche Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze

(Registermodernisierungsgesetz – RegMoG)

- zustimmungspflichtig -

- Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- Einführung einer Identifikationsnummer für die öffentliche Verwaltung

28.01.2021	2./3. Lesung Bundestag
19.11.2020	1. Lesung Bundestag
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
31.07.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen und zur Änderung anderer Gesetze (Gesetz Digitale Rentenübersicht)

- zustimmungsfrei -

- Einführung einer digitalen Rentenübersicht als säulenübergreifende Renteninformation
- Modernisierung und Stärkung der Sozialversicherungswahlen (u. a. Freistellungsanspruch für Ausüben des Ehrenamtes, Urlaubsanspruch von 5 Tagen/Kalenderjahr für Fortbildungsmaßnahmen, Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde)

18.12.2020	2. Durchgang Bundesrat
------------	------------------------

19.11.2020	2./3. Lesung Bundestag
16.11.2020	Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales
29.10.2020	1. Lesung Bundestag
09.10.2020	1. Durchgang Bundesrat
26.08.2020	Kabinettsbeschluss
29.07.2020	Referentenentwurf

Abgeschlossene Gesetze / Verordnungen – Corona-Pandemie

Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erreger nachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Testverordnung – TestV)

- Auch Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und solche der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten können PoC-Antigentests beziehen.
- Konkretisierung: ÖGD kann Apotheken, medizinische Labore oder Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie ärztlich oder zahnärztlich geführte Einrichtungen dazu beauftragen, Tests durchzuführen (Apotheke nur PoC) Nichtärztliche Leistungserbringer erhalten 9 Euro je Test.

25.01.2021	Inkrafttreten
21.01.2021	Referentenentwurf

SARS-CoV2-Arbeitsschutzverordnung

- Arbeitgeber hat Beschäftigten im Falle von Büroarbeit oder vergleichbaren Tätigkeiten anzubieten, diese Tätigkeiten in deren Wohnung auszuführen, wenn keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen.
- Betriebsbedingte Zusammenkünfte mehrerer Personen sind auf das betriebsnotwendige Minimum zu reduzieren und nach Möglichkeit durch die Verwendung von Informationstechnologie zu ersetzen.
- Strengere betriebliche Arbeitsschutzregelungen für Abstände und Mund-Nasen-Schutz

vorerst befristet bis 15.03.2021	Außenkrafttreten
27.01.2021	Inkrafttreten
18.01.2021	Referentenentwurf

Erste Verordnung zur Änderung Coronavirus-Testverordnung

- Ausweitung der Testkapazitäten, insbesondere im Bereich der ambulanten Intensivpflege
- Apotheken (nur PoC), medizinische Labore, Zahnärzte können Tests durchzuführen, wenn der ÖGD dies beauftragt
- Vergütung je Test für nicht (zahn-) ärztliche Leistungserbringer: 5 Euro

16.01.2021	Inkrafttreten
13.01.2021	Referentenentwurf

Verordnung zur molekulargenetischen Surveillance des Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Surveillanceverordnung – CorSurV)

- Sequenzierende Labore in Deutschland sollen für die Übermittlung jedes Corona-Genomdatensatzes an das RKI 200 Euro erhalten, wenn folgende Bedingungen eingehalten werden:

- Maximal 5 % der Proben werden eingereicht, wenn in den vergangenen 14 Tagen nicht mehr als 140.000 Neuinfektionen auftreten (dann bis zu 10 %)
- Bei unter 10.000 Neuinfektionen pro Tag sollen auch 10 % der Proben eingereicht werden
- Abrechnung erfolgt über KV, Zahlungen zuerst durch das BAS, Refinanzierung aus Bundesmitteln

31.07.2021	Außenkrafttreten
19.01.2021	Inkrafttreten
11.01.2021	Referentenentwurf

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Anpassung der Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung der Krankenhäuser nach § 21 Absatz 1a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG)

- Verlängerung der Krankenhaus-Ausgleichszahlungen bis 28.02.2021, Verlängerung der Ermächtigung stationärer Reha-Einrichtungen
- Finanzierung aus Liquiditätsreserve (Geschätzter Umfang bis zu 1,2 Mrd. Euro)
- Erweiterung der Anspruchsvoraussetzungen um Kliniken mit besonderer Expertise im Bereich Lungen- und Herzerkrankungen

befristet bis 28.02.2021	Außenkrafttreten
28.01.2021	Inkrafttreten
18.01.2021	Referentenentwurf

Verordnung zur Anpassung der Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung der Krankenhäuser nach § 21 Absatz 1a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG)

- Länder können Krankenhäuser als anspruchsberechtigt für Ausgleichszahlungen bestimmen, die noch keinen Zuschlag für Teilnahme an Basisnotfallstufe (Notfallstufe 1) des Krankenhausentgeltgesetzes vereinbart haben, aber die Anforderungen hierfür – laut Einschätzung der Länder – erfüllen.
- Ab 7-Tage-Inzidenz von 250 je 100.000 Einwohner: Krankenhäuser, die der umfassenden oder erweiterten Notfallstufe oder der Basisnotfallstufe nach dem Beschluss des G-BA über ein gestuftes System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern zuzuordnen sind, können (unabhängig vom Umfang der freien betreibbaren Intensivbetten) für Ausgleichszahlungen durch Landesbehörde bestimmt werden.

25.12.2020	Inkrafttreten
17.12.2020	Referentenentwurf

Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaImpfV)

- Regelt den Anspruch auf Schutzimpfungen gegen SARS-CoV-2 und die Reihenfolge, in der Anspruchsberechtigte geimpft werden sollen; Priorisierung fußt auf den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO).

15.12.2020	Inkrafttreten (Rückwirkendes Inkrafttreten, Veröffentlichung im Bundesanzeiger 21.12.2020)
04.12.2020	Referentenentwurf

Verordnung zum Anspruch auf Schutzmasken zur Vermeidung einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Schutzmasken-Verordnung – SchutzmV)

- | |
|--|
| ▪ Regelt den Zugang von über 60-Jährigen und Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen oder Risikofaktoren zu kostenlosen beziehungsweise vergünstigten FFP2-Schutzmasken im Zeitraum vom 15.12.2020 bis 15.04.2021. |
|--|

15.12.2020	Inkrafttreten
09.12.2020	Referentenentwurf

Abgeschlossene weitere Gesetzgebungsverfahren, zum Teil späteres Inkrafttreten

Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken

- zustimmungsfrei -

- | |
|--|
| ▪ Einheitliche Apothekenabgabepreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel |
| ▪ Erhöhung der Apothekenvergütung |
| ▪ Vergütung des Arzneimittel-Botendienstes in Höhe von 2,50 Euro pro Lieferort und Tag ab 01.01.2021 |

15.12.2020	Inkrafttreten
27.11.2020	2. Durchgang Bundesrat
29.10.2020	2./3. Lesung Bundestag
16.09.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
11.09.2020	1. Lesung Bundestag
20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
17.07.2019	Kabinettsbeschluss
23.05.2019	Verbändeanhörung BMG
08.04.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege

(Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz – GPVG)

- zustimmungsfrei - eilbedürftig

- | |
|--|
| ▪ Umsetzung Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Zusatzbeiträge in der GKV zur Umsetzung der „Sozialgarantie 2021“ |
| – Einmalige Erhöhung des Bundeszuschusses um 5 Mrd. Euro in 2021 auf 19,5 Mrd. Euro |
| – Leistungsgerechte Beteiligung der Reserven der Krankenkassen in Höhe von 8 Mrd. Euro – Finanzreserven, die 0,4 Monatsausgaben überschreiten, fließen zu 66,1 % in Gesundheitsfonds |
| – Absenkung der Anhebungsverbottsgrenze und Rücklagenobergrenze für Zusatzbeiträge bei Finanzreserven von 1,0 auf 0,8 Monatsausgaben |
| – Einmalige Erhöhung Zusatzbeitrag zum 01.01.2021 möglich, bei Überschreiten Finanzreserven 0,8 Monatsausgaben 2020, aber Unterschreiten Ende 2021 von 0,4 Monatsausgaben – Finanzreserven dürfen zum 31.12.2021 0,4 Monatsausgaben nicht unterschreiten |
| ▪ Erweiterte Möglichkeiten für Selektivverträge, z. B. Förderung regionaler Versorgungsinnovationen und Möglichkeiten für Versorgungsverträge der Kassen auch mit Krankenhäusern, nichtärztlichen Leistungserbringern |
| ▪ Hebammenstellen-Förderprogramm im stationären Bereich von 2021-2023 |
| ▪ Einbezug Kinder- und Jugendmedizin in die pauschale Förderung (Sicherstellungszuschläge) für ländliche KH |
| ▪ Bedarfsgerechte Personalausstattung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen |

01.01.2021	Inkrafttreten
26.11.2020	Inkrafttreten der Finanzregelungen zur Stabilität der Gesetzlichen Krankenversicherung bereits mit 2./3. Lesung im Bundestag

18.12.2020	2. Durchgang Bundesrat
26.11.2020	2./3. Lesung Bundestag
16.11.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
29.10.2020	1. Lesung Bundestag
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
06.08.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für ein fokussiertes, proaktives und digitales Wettbewerbsrecht 4.0 und anderer Bestimmungen (GWB-Digitalisierungsgesetz)

- zustimmungsfrei - besonders eilbedürftig

- Krankenhaus-Zusammenschlüsse mit Geldern aus Krankenhaus-Strukturfonds bis 2025 von kartellrechtlicher Überprüfung freigestellt
- Befristete Ausweitung des Kinderkrankengeldes im Zuge der Corona-Pandemie

19.01.2021	Inkrafttreten (Regelung zum Kinderkrankengeld rückwirkend zum 05.01.2021)
18.01.2021	2. Durchgang Bundesrat
14.01.2021	2./3. Lesung Bundestag
25.11.2020	Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
29.10.2020	1. Lesung Bundestag
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
09.09.2020	Kabinettsbeschluss
08.09.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Weiterentwicklung des Berufsbildes der Ausbildung der pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und pharmazeutisch-technischen Assistenten (PTA-Reformgesetz)

- zustimmungspflichtig -

- Aktualisierung und Neustrukturierung der Ausbildungsinhalte
- Neuregelungen in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

01.01.2021	Inkrafttreten
20.12.2019	2. Durchgang Bundesrat
14.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
23.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
11.10.2019	1. Durchgang Bundesrat
28.08.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Anpassung des Medizinproduktberechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746
(Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz – MPEUAnpG)

- zustimmungspflichtig - besonders eilbedürftig

- Überwachung von Medizinprodukten künftig auf Bundesebene durch BfArM und PEI
- Errichtung und Betrieb zentrales Medizinprodukteinformations- und Datenbanksystem durch DIMDI
- Einführung neuer Aufsichtsmittel und Schiedsverfahren in der Hilfsmittelversorgung
- Verschiebung des Inkrafttretens der nationalen Regelungen zur EU- Medizinprodukte-Verordnung aus dem Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz

26.05.2021	Inkrafttreten des Gesetzes
Am Tag nach Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	Inkrafttreten der Regelungen zu Schiedsverfahren im Hilfsmittelbereich
27.03.2020	2. Durchgang Bundesrat
05.03.2020	2./3. Lesung Bundestag
04.03.2020	Abschluss im Gesundheitsausschuss
15.01.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
20.12.2019	1. Durchgang Bundesrat
19.12.2019	1. Lesung Bundestag
06.11.2019	Kabinettsbeschluss
25.09.2019	Verbändeanhörung BMG
29.08.2019	Referentenentwurf

Gesetz über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten (ATA) und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten (OTA)

- zustimmungspflichtig -

- Bundeseinheitlich geregelte Ausbildung der Anästhesie- und Operationstechnischen Assistentinnen und Assistenten, Vernetzung von theoretischem und praktischem Unterricht mit der praktischen Ausbildung

01.01.2022	Inkrafttreten
29.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
07.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
21.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
26.06.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf